



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
01/2016 - Januar

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Aktuell:

- **Expertenanhörung zur 2,5%-Sperrklausel**
... Seite 1
- **Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik**
... Seite 2
- **Sondersitzung des Landtags zu den Vorfällen in der Silvesternacht**
... Seite 3
- **Gäste aus Essen beim Närrischen Landtag 2016**
... Seite 3
- **15. Rundfunkänderungsgesetz beschlossen**
... Seite 4
- **Besuch aus dem Wahlkreis - Kupferdreher Gäste im Landtag**
... Seite 4
- **Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt**
... Seite 5
- **Irritationen über die Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen**
... Seite 5
- **+++kurz notiert+++**
... Seite 6

Sondersitzung zum Jahresbeginn

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

an dieser Stelle wünsche ich allen, die ich noch nicht persönlich getroffen habe, alles Gute fürs Restjahr. Eigentlich sollte es der Newsletter zu den ersten Plenartagen im Jahr 2016 sein, aber das Plenum hat sich bereits am 14. Januar (nach den schrecklichen Ereignissen in der Silvesternacht in Köln) zu einer Sondersitzung getroffen. In dieser Sondersitzung hat die Landesregierung das Parlament über die bis dahin vorliegenden Erkenntnisse umfassend informiert und Rede und Antwort gestanden.

Und die aktuellen Plenartage haben durchaus wichtige Entscheidungen gebracht, zum Beispiel die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Köln oder die Änderung des WDR-Gesetzes. Besuch aus dem Wahlkreis war hier und die Gäste haben wieder einen Einblick in die Landespolitik und die Abläufe im Landtag erhalten. Und vieles mehr!

Viel Spaß beim Lesen!
Ihr/Euer Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion. Anmeldung unter:

www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Expertenanhörung zur 2,5%-Sperrklausel

1999 hat der Verfassungsgerichtshof NRW die 5% Klausel bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig erklärt. Die Folge war in den Folgejahren eine immer weitere Zersplitterung der Kommunalparlamente. Auch in Essen wird hierdurch die Handlungsfähigkeit des Rates eingeschränkt, durch Kleinstfraktionen und -gruppen, wie sie sich in vielen Rathäusern finden. Als Ausweg aus dieser Situation haben SPD, Grüne und CDU einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Sperrklausel von 2,5% vorgelegt. Dieser Wert wird als gerechter Ausgleich zwischen den Interessen von Kleinstparteien einerseits und der Funkti-

onsfähigkeit der Kommunalparlamente andererseits gesehen. In einer Expertenanhörung am 21. Januar wurden die Pläne als politisch und rechtlich tragfähig bewertet. Insbesondere die Akteure vor Ort haben in der Anhörung noch einmal eindrucksvoll die Probleme für die ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Räten und Bezirksvertretungen deutlich gemacht. In ihrem Sinne werden wir das Gesetz weiter vorantreiben.

Gesetzentwurf zur Sperrklausel

www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Stellungnahmen der Sachverständigen

www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik

Viel wird in der letzten Zeit über das Thema „Flüchtlingskostenerstattung“ gesprochen und geschrieben. Dabei sind jedoch auch viele Fehl- bzw. Falschinformationen. Ich möchte hier gerne ein wenig aufklären und Sachverhalte gerade rücken.

Behauptung: Die Flüchtlingskostenerstattung an die Kommunen entspricht nicht der tatsächlichen Zahl der aufgenommen Flüchtlinge.

Die Verteilung der Mittel nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) erfolgt seit 22 Jahren auf Grundlage einer Jahrespauschale. Die Pauschale beträgt 10.000,- €. Diese Zahl wird mit der Anzahl der den Kommunen zugewiesenen Flüchtlingen multipliziert. Die Gesamtsumme wird dann an die Kommunen aufgeteilt und zwar nach dem Schlüssel 90% Einwohner, 10% Fläche. Mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde eine Umstellung des Systems ab 2017 vereinbart. Dann wird es eine monatsgenaue pro-Kopf-Pauschale ab dem Tag der Zuweisung an die Kommunen geben.

Behauptung: Die Systemausstellung kann bereits im laufenden Jahr umgesetzt werden.

Eine Systemumstellung vor 2017 war nicht möglich. Zum einen hätte es für eine Umstellung im laufenden Jahr keine gesicherte Datengrundlage gegeben. Darüber hinaus gab es Bedenken bezüglich Vertrauensschutzes und Rechtssicherheit der Kommunen, da die finanziellen Planungen dort bereits für das laufende Jahr auf der alten Grundlage abgeschlossen sind.

Behauptung: Kommunen mit einer Landeseinrichtung werden bei der finanziellen Erstattung bevorzugt

Die Zahl der in der Landeseinrichtung untergebrachten Flüchtlinge werden der jeweiligen Kommune angerechnet. Das heißt, dass sie trotz einer geringeren Aufnahmeverpflichtung anteilig denselben Betrag aus dem Topf erhalten, wie Kommunen ohne

eine Landeseinrichtung. Dieser Effekt ist aber durchaus gewollt, denn den Kommunen soll so ein Anreiz geboten werden, vor Ort den Weg für eine Landeseinrichtung zu ebnen. Dabei geht es um die Standortsuche, wie auch um die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen und natürlich nicht zuletzt auch das Werben vor Ort für ein solches Vorhaben.

Behauptung: Die Zuweisungen im laufenden Jahr basieren auf einer veralteten Prognose.

Die aktuellen Zuweisungen basieren auf der im Herbst 2015 erhobenen offiziellen Prognosezahl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Gesamtzahl der Flüchtlinge in NRW zum Stichtag 1.1.2016 (181.134 Personen). Bereits nach der aktuellen Rechtslage muss diese nachträglich anhand der tatsächlichen Zahl der Flüchtlinge zum Stichtag angepasst werden. Für den Fall eines erheblichen Anstiegs der Flüchtlingszahlen im Jahresverlauf wurde darüber eine „Revisionsklausel“ vereinbart.



Informationen der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Flüchtlinge“

www.spd-fraktion-nrw.de oder direkt hier klicken

Sondersitzung des Landtags zu den Vorfällen in der Silvesternacht



Am 14. Januar kam der Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Die Landesregierung unterrichtete zu den unvorstellbaren, schrecklichen Vorfällen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten. In ihrer emotionalen Rede unterstrich Ministerpräsi-

dentin Hannelore Kraft, dass der Rechtsstaat nun seine Stärken zeigen müsse und alles dafür getan werden muss, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Sie sagte hierzu eine Reihe von Maßnahmen zu, unter anderem die Aufstockung der Polizei, einen intensiveren Datenaustausch der Behörden und verstärkte Videoüberwachung. Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Römer stellte klar, dass man nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen könne. Er warf aber auch klar und deutlich dem CDU-Chef Laschet vor, die Ängste und Sorgen in der Bevölkerung für politischen Geländegewinn zu nutzen.

Plenarrede vom SPD-Fraktionsvorsitzenden
Norbert Römer

www.spd-fraktion-nrw.de oder direkt hier klicken

Gäste aus Essen beim Närrischen Landtag 2016

Am 26. Januar lud der Landtag NRW wieder die Karnevalisten aus dem ganzen Land nach Düsseldorf zum „Närrischen Landtag“ ein. Die Landtagspräsidentin konnte mehr als 111 Prinzenpaare und Dreigestirne in der Bürgerhalle des Landtags begrüßen. Traditionell findet nachmittags der offizielle Empfang der Tollitäten statt, ab 18.30 Uhr herrscht dann immer ein buntes Treiben bei großartigem Programm, welches sich bis spät in den Abend zieht. Auf meine persönliche Einladung hin nahmen auch Vertreter des Essener Karnevals an der Veranstaltung teil. Mittlerweile traditionell dabei sind Gisela



und Norbert Tüffers vom Festausschuss Kupferdreher Karneval. Mit dabei in diesem Jahr waren noch Carina und Uwe Wozignoy sowie Claudia Flade und Jörg Hedfeld. Es war wie immer ein toller Abend, der richtig Laune gemacht hat. Ein Wiedersehen wird es mit Sicherheit beim Kupferdreher Rosenmontagszug geben. Ich laufe wie jedes Jahr mit den „Roten Teufeln“, der Fußgruppe des SPD-Ortsvereins Kupferdreh, mit.

Impressionen und Berichte vom Närrischen Landtag 2016
finden sich auf den Seiten des Landtags

www.landtag.nrw.de oder direkt hier klicken



15. Rundfunkänderungsgesetz beschlossen

Der Landtag hat am 27. Januar das Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen beschlossen. Ziel von SPD und Bündnis90/ Die Grünen war es, den WDR zukunftsfest zu machen, seine Akzeptanz zu erhöhen und die Medienvielfalt in NRW zu stärken. Ein klares Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk findet sich bereits in der Einleitung zum Gesetzentwurf: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine wesentlich Säule demokratischer Meinungsbildung. Er genießt die verfassungsrechtlich garantierte Bestands- und Entwicklungsgarantie, die ihn einerseits in seinem Wirken absichert, ihn andererseits aber auch fordert, die Art und Weise der Erfüllung seines Auftrags stetig fortzuentwickeln und an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen. Dies gilt umso mehr in Zeiten des digitalen Wandels, der die Medienlandschaft wie auch das Mediennutzerverhalten massiv verändert.“

Dem Gesetz ist ein langer Beteiligungsprozess aller Betroffenen vorangegangen. Getreu dem Motto „Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es her-

eingekommen ist“ reichten die Koalitionsfraktionen noch einen langen Änderungsantrag ein, der einige Punkte des Beteiligungsverfahrens aufgriff. Mit den Änderungen gibt es in NRW nun das modernste Mediengesetz der ganzen Republik.

So sinkt die Zahl der parlamentarischen Mitglieder im Rundfunkrat. Im Gegenzug werden mehr gesellschaftliche Gruppen berücksichtigt. Dieser tagt dann öffentlich. Ein Schwerpunkt des Programmauftrages wird auf Migration und Integration gelegt. Eine große Zahl der Berichte des WDR werden zukünftig im Internet veröffentlicht. Programmbeschaffungen von WDR-Tochterunternehmen unterliegen zukünftig ab einer bestimmten Höhe der Kontrolle durch die Aufsichtsgremien. Werbung soll schrittweise abgebaut werden.

Gesetzentwurf zum WDR-Gesetz

www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Änderungsantrag von SPD und Grünen

www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Besuch aus dem Wahlkreis - Kupferdreher Gäste im Landtag

Am 27. Januar durfte ich Besuch aus dem Wahlkreis im Landtag begrüßen. Nadja Schiemann, die zweite Gewinnerin eines Landtagsbesuchs bei der Tombola des SPD-Ortsvereins Kupferdreh beim Sonnenblumenfest, erhielt einen Einblick in die Landespolitik. Begleitet wurde sie von Anke Löhl und Christian Sieg von der Kupferdreher SPD. An dem Plenartag war im wahrsten Sinne des Wortes volles Haus, was die Gäste aus dem Besuch von anderen Parlamenten nicht in dieser Form gewohnt waren. Neben Abgeordneten und Ministern war auch eine große Zahl von Besuchern - insbesondere Schülergruppen - im Landtag unterwegs. Hier wurde deutlich, dass der Landtag NRW seinem Anspruch gerecht wird, sich als Haus der Bürgerinnen und Bürger zu präsentieren. Der Eindruck konnte bei einer individuellen Hausführung durch mein Büroteam noch verstärkt werden. Auf der Besuchertribüne verfolgten die Gäs-

te eine Stunde lang die Debatte. Themen waren dabei die Aktuelle Stunde „Uneinigkeit der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik“ und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses zu Köln. Beim Mittagessen und einem anschließendem Kaffee gab es dann noch Zeit für den persönlichen Austausch.



Parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt

Mit den Stimmen und auf Antrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen wurde am 27. Januar ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zu den Geschehnissen im und vor dem Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht eingesetzt. Ach nein, natürlich waren es nicht alle Fraktionen. Wie üblich widersetzten sich auch in dieser Frage die Piraten wieder dem geschlossenen Auftreten des Landtags. Leider mittlerweile gängige Praxis. Zu diesem Thema habe ich in den vorangegangenen Newslettern aber bereits mehrfach eindeutig Stellung bezogen.

Fraktionsübergreifend besteht ein großes Interesse, die Vorkommnisse vorbehaltlos aufzuklären. Der Untersuchungsausschuss soll sich über die Geschehnisse in der Silvesternacht ein Gesamtbild machen, er soll dabei auch aufklären, ob und wo es Fehler

und Versäumnisse von Landesbehörden, insbesondere von der Polizei, gab. Dabei soll auch das Zusammenwirken mit der Bundespolizei beleuchtet werden. Als Vergleichsquelle wird der Parlamentarische Untersuchungsausschuss andere im Hinblick auf Personal und Dauer vergleichbare Einsätze zum Maßstab nehmen.

Für die SPD-Fraktion übernimmt Martin Börschel den stellvertretenden Vorsitz des Ausschusses. Ordentliche Mitglieder der SPD-Fraktion in dem PUA sind Britta Altenkamp, Andreas Bialas, Gerda Kieninger und Hans-Willi Körffges. Ich werde an dieser Stelle weiter über die Arbeit des Ausschusses berichten.

Antrag zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses
www.landtag.nrw.de oder direkt hier klicken

Irritationen über die Gemeinnützigkeit von Schützenvereinen

Für Irritationen hat eine Meldung gesorgt, dass Schützenvereinen und vergleichbaren Traditionsvereinen, die nur Männer aufnehmen, der Status der Gemeinnützigkeit entzogen werden soll. Hintergrund war ein Urteil des Finanzgerichts Düsseldorf das eine Freimaurerloge betraf.

Das Finanzministerium hat in einem Rundschreiben an die Finanzdirektionen in NRW klargestellt, dass von Ministeriumsseite diese Auffassung nicht geteilt wird.

In seiner persönlichen Stellungnahme fand Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans deutliche Worte: „Traditionsvereine wirken im Regelfall weit über ihre Mitgliedschaft hinaus. Deshalb dienen sie der Allgemeinheit und erfüllen die Anforderungen an die Gemeinnützigkeit. Damit ist das Thema für mich vom Tisch. Dass es nach Auffassung vieler nicht mehr in eine aufgeklärte Zeit passt, wenn Frauen in einem Verein zur Förderung und Pflege von Kultur und Tradition die Mitgliedschaft verwehrt wird, steht auf einem anderen Blatt. Über einen wünschenswerten Sinneswandel sollte jedoch eine offe-

ne Debatte entscheiden und nicht die Finanzverwaltung.“ Deutliche Worte, denen ich nichts hinzuzufügen habe.

Damit ist das Thema dann auch erledigt. Die Vereine müssen keine Sorge haben, dass ihre Satzungen nun von den Finanzämtern nach den entsprechenden Regelungen durchsucht werden.



ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

Save the Date!

Essener SPD-Landtagsabgeordnete mit zwei Veranstaltungen vor Ort

Die vier SPD-Landtagsabgeordneten laden am 13. April gegen 18 Uhr zu einer „Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung“ mit Minister Groschek ein. Thema wird die Perspektive für den ÖPNV in NRW und Essen und hierbei insbesondere der RRX sein.

Voraussichtlich im September werden wir im Rahmen der Reihe „Fraktion im Dialog“ über aktuelle Themen der Landespolitik die Bürgerinnen und Bürger auf der Straße informieren und einen Ausblick auf die kommenden Themen geben. Die Veranstaltung wird an einer zentralen Stelle in der Essener Innenstadt stattfinden und ca. vier Stunden dauern.

Weitere Informationen zu beiden Veranstaltungen folgen.

Weiterer Ausbau der kommunalen Integrationszentren

Die aktuell 49 Integrationszentren in NRW werden im Rahmen des Programms „KommAn-NRW“ personell verstärkt. Dadurch soll ihre Rolle bei der Koordinierung und Vernetzung der Integrationsarbeit der Städte und Gemeinden gestärkt werden. Diese Zentren sollen den Ankommenden eine erste Orientierungshilfe in unserem Land geben. Jedem Zentrum wird konk-

ret mindestens eine zusätzliche Kraft finanziert und darüber hinaus werden weitere Mittel zur Verfügung gestellt. Insgesamt fließen über „KommAn-NRW“ in diesem Jahr 13 Millionen Euro, 7,7 Millionen Euro sind allein für die Stärkung des Ehrenamtes vorgesehen. Ein wichtiges Signal zur Wertschätzung dieses Einsatzes. Informationen gibt es bei der landesweiten Koordinierungsstelle für Kommunale Integrationszentren (www.kommunale-integrationzentren-nrw.de). Auch Kreise, die noch nicht über ein kommunales Integrationszentrum verfügen, können von dem Programm profitieren.

Wohnraumförderung 2015

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr, hat am 15. Januar die Bilanz zur Wohnraumförderung 2015 vorgestellt. Es könnte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung des Förderergebnisses in Höhe von 37% erzielt werden. Nicht nur die Inanspruchnahme der Fördermittel hat zugenommen, sondern erfreulicherweise auch die Zahl der neu erstellten Wohneinheiten. Ein klarer Beweis für die richtige Schwerpunktsetzung der Landesregierung. NRW hat seine Hausaufgaben in diesem Bereich gemacht. Nun ist der Bundesgesetzgeber gefordert, die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau durch Steuererleichterungen im Wege verbesserter Abschreibungs-

möglichkeiten sowie durch baurechtliche Erleichterungen zeitnah zu verbessern.

Neues Landeskrebsregister

Zur Erfassung der Qualität und des Erfolgs von Krebstherapien wird ein neues Landeskrebsregister für NRW aufgebaut. So soll es in Zukunft möglich sein, bewerten zu können, welche Therapieansätze bei welchen Tumorarten und bei welchen Alters- und Patientengruppen am wirkungsvollsten sind. Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte sind zur Meldung umfangreicher Daten im Zusammenhang mit Krebserkrankungen verpflichtet. So wird eine verlässliche und umfangreiche Datengrundlage geschaffen. Ein wichtiger Schritt für die Behandlung der Patientinnen und Patienten sowie für die Forschung in diesem Bereich.

In eigener Sache: Termine vor Ort im Jahr 2016

Mit zahlreichen Neujahrsempfängen in den Stadtteilen hat das Jahr bereits mit vielen Terminen begonnen. Gerne bin ich auch im Verlaufe des weiteren Jahres mit Euch vor Ort bei den Vereinen und Verbänden und natürlich auch gerne bei Euch im SPD-Ortsverein. Ich würde mich freuen, wenn ihr mir dazu die Termine bei Euch frühzeitig mitteilt - gerne persönlich, gerne aber auch über mein Landtagsbüro.

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann